

Danziger



Zeitung

Bernsprach-Anschluß Danzig: General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen. Bernsprach-Anschluß für unser Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 387.

Nr. 22509.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse 4, bei sämmtlicher Abholstellen und bei allen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Abonnementpreis für die „Danziger Zeitung“ mit dem illustrierten Wochblatt „Danziger Fidele Blätter“ und dem „Westpreußischen Land- und Hausfreund“ vierteljährlich 2 Mk., durch die Post bezogen 2.25 Mk., bei einmaliger Zustellung 2.65 Mk., bei zweimaliger 2.75 Mk. — Innerate kosten für die siebengepaltene gewöhnliche Schrift je oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1897.

Die confessionelle Eidesformel.

Der Reichstag hat am 2. d. M. mit einer aus Conservativen, Freiconservativen, Centrum, Polen, Welsen und Antisemiten bestehenden Mehrheit einen Antrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg angenommen, durch den die verbündeten Regierungen ersucht werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem bei allen gerichtlichen Vereidigungen von Parteien, Zeugen und Sachverständigen die confessionelle Eidesformel wieder eingeführt werden soll. Nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen beginnt der Eid, der vor Gerichten abgelegt wird, mit den Worten:

„Ich schwör bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und schließt mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe.“

Die nach den Confessionen verschiedenen Zusätze „durch Jesum Christum zur ewigen Seligkeit“ für die Evangelischen und „durch sein heiliges Evangelium“ für die Katholiken sind durch Straf- und Civilprozeßordnung als gesetzliche Vorschrift beseitigt worden, nachdem schon 1868 die Juden von dem Zwange befreit worden waren, in einer für sie besonders formulierten Fassung ihren Eid zu leisten. Durch eine Verfügung des preußischen Justizministers ist angeordnet worden, daß der Schwörende je nach seiner Confession, wenn er sich in seinem Gewissen dazu verpflichtet fühlt, einen der früheren Formel entsprechenden Zusatz machen darf. Dass der Justizminister dazu berechtigt sei, eine derartige Verfügung zu erlassen, muß bestritten werden. Da das Gesetz sagt, daß der Eid mit den Worten „So wahr mir Gott helfe“ schließt, also eine bindende Vorschrift ausspricht, kann keine Behörde daran eine Änderung vornehmen. Mit vollem Recht wies daher der national-liberale Abgeordnete Osnitz auf die Unzulässigkeit dieser speziell preußischen Eigenthümlichkeit hin und sprach die Erwartung aus, daß sich das Reichsgericht noch einmal mit ihr beschäftigen würde.

Wenn der Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg einen Antrag auf die Wiedereinführung der confessionellen Eidesformel einbringt, so kann man von vorneherein annehmen, daß er einen antisemitischen Hintergedanken hat. Doran weistete im Reichstage auch niemand; nur der Abgeordnete Lieber war so harmlos, zu erklären, er scheide aus dem Antrage und seiner Begründung alles aus, was nach Antisemitismus aussiehe, und sprach sich im Namen seiner Partei, von der sich nur der Abgeordnete Nabbyl trennte, für den Antrag aus. Wenn auch Liebermann und seine näheren Freunde gegen die Aussöhnung, die, wie gesagt, im ganzen Reichstage herrschte, protestierte, so kann doch kein Zweifel bestehen darüber, was das letzte Ziel der sogenannten deutschen Reformpartei ist. Sollte der Bundesrat dem Reichstage eine Vorlage entsprechend dem Antrage Liebermanns unterbreiten, so würde nach ihrer Annahme sehr bald das wahre Ziel hervortreten. Es wurde dann die Unmöglichkeit erklärt werden, daß vor einem jüdischen Richter ein evangelischer

oder katholischer Christ einen Eid mit der confessionellen Formel ablegen könne, und es würde kaum zweifelhaft sein, daß die Regierung dann auch bald nachgeben würde. Es würde dem jüdischen Richter nur noch das Recht bleiben, jüdische Zeugen und Parteien zu vereidigen, vielleicht wieder mit Hilfe des Rabbiners, der seit 1868 glücklicherweise aus den Gerichtssälen verschwunden ist; der keiner Confession angehörende Richter würde nur solche Personen vereidigen dürfen, die sich gleichfalls als „Disidenten“ bezeichnen würden. Jüdische und confessionslose Richter würden dann verhindert werden, ihre Funktionen in gleicher Weise wahrzunehmen, wie ihre christlichen Collegen, sie würden beim Publikum als minderwertig gelten und selbst sehr bald ihrer Stellung überdrüssig werden. Die Folge davon wäre der Übergang zur Rechtsanwaltschaft und damit eine Zunahme des jüdischen Elementes in diesem Berufe, also eine Verschärfung des Zustandes, den die Antisemiten für höchst beklagenswert halten. Weiter könnte es dann nicht ausbleiben, daß ein Evangelischer sich in seinem Gewissen bedrängt fühlt, wenn er vor einem katholischen Richter, ein Katholik, wenn er vor einem evangelischen oder alt-katholischen Richter oder gar vor einem Freimaurer einen Eid ablegen sollte. Wenn man entgegenhalten will, daß diese Folgerungen zu weit gehen, da vor Erlass der jetzt geltenden Bestimmungen Evangelische und Katholiken sich durch die Vereidigung durch einen einer anderen Confession angehörenden christlichen Richter nicht bedrängt gefühlt hätten, so ist darauf zu verweisen, daß es vor den siebziger Jahren in Deutschland kaum confessionelle Gegensätze gab und daß Evangelische und Katholiken einträchtig nebeneinander wohnten, bis der Culturkampf dieses gute Einvernehmen vielfach zerstörte.

Deutschland.

Berlin, 7. April. Dem Staatssekretär Frhr. v. Marschall ist das Großkreuz des spanischen Ordens Karls III. verliehen worden.

[Kaiser Wilhelm I. — „studiosus juris“] In Professor Ondachs Feuerschrift „Unter Heidenkaiser“ wird der interessante Thatsache Erwähnung gethan, daß der greise Herrscher noch im Alter von 77 Jahren die Juristerei, die ihm bisher ferngelegen hatte, zu studiren begann. Als 1874 die Reform der deutschen Justizversetzung in Angriff genommen ward, ließ sich Kaiser Wilhelm noch einen Cursus über Encyclopädie der Rechtswissenschaft vortragen; „gewiß nicht“, sagte er, „um die Männer des Faches zu meistern, aber um die Belehrung über etwaige Bedenken zu verstehen, und um doch einen Begriff davon zu haben, was durch meine Unterschrift Gesetzeskraft erhalten soll.“ Nach dem Tode fand man unter seinen Papieren zahlreiche engbeschriebene Bogen, bedeckt mit Auszügen, die er sich aus allen Abschnitten der ihm vorgelegten Entwürfe der Justizgesetze gemacht hatte, um in Ginn und Bedeutung derselben einzubringen.

Mitten in den Blättern lag ein zerrissenes beschriebenes Stück Papier, die Hälfte eines der Länge nach durchrissten Briefbogens. Als Osnitz mit dem Finger darauf zeigte, begann Weber erst zu begreifen, daß es sich hier bei diesem Zettel Papier um Wichtiges handele. Er las die Worte — immer unter Osnitz' stummem Drängen. Erst nach und nach begriff er — und auch ihn packte jetzt eine ungeheure Aufregung.

Auf dem Blatt stand, immer in halben Zeilen:

Evo. Excellenz —
sten Nachricht daß die —
abgelehnt, die Sorense —
concessionirt ist. Ich —
Acte selber gesehen. —
wird Gr. Hoheit heut —
zur Unterschrift pres —
dero Wohnung im Hot —
aber Evo. Excellenz im —
Haus und folge, wiewohl —
Befehl, indem ich unterh —
die Nachricht schriftlich —

Eine Unterschrift fehlte. Aber ehe nur Osnitz sagen konnte, was der Hauptzweck seines Kommandos war: „das hat einer der herzoglichen Cabinetsbeamten geschrieben“ — murmelte schon Weber, den wie ein Blitz die Erinnerung an den Haushaus durchfuhr: „Großer Gott, — das ist Reimers' Hand! Winterthur hat ihn bestochen!“

Osnitz stieß beinahe einen Schrei aus; seine sieberhaften Aufregungen kannte keine Grenzen mehr. Er stand durch Weber bestätigt, was er selbst gedacht. Wenn dies der Amtsbeamte gehabt, den er oberflächlich wohl kannte, da er selbst auf der Finanzdirection gearbeitet hatte — so war Heddin unschuldig, Ullas Vater gereitet und sein eigener Vater — ein falscher Ankläger! Welcher Zwiespalt!

Sie wechselten unterdröh in fliegender Eile Rede und Antwort.

Osnitz war der Befehl geworden, den Verkauf der „Fantasie“ zu annullieren, wozu Winterthur von England aus bereitwillig seine Zustimmung gab. Die betreffenden Acten, die er mitzunehmen berechtigt gewesen war, schickte er ein.

Bei der Durchsicht fiel Osnitz dies Briesblatt in die Hände, das offenbar nicht dazu gehörte und sicher nicht mit Absicht da hinein gelegt war. Er las — erkannte sofort die ungeheure Wichtigkeit

* [Neuk jüngere Linie gegen Neuk ältere Linie.] Das bereits telegraphisch erwähnte Schreiben, welches der Regent des Fürstenthumes L. in Sachen der bekannten Fahnenangelegenheit in Greiz an den Stadtrath in Gera gerichtet hat, lautet nach der „Fürstl. Neuk-Geraer Zeit.“:

Wie ich bereits bisher das unpatriotische und antinationale Gebahren der Regierung zu Greiz das entschieden verurtheilt und als eine Herauswürdigung unseres guten uralt reuifischen Namens auf das schmerlichste empfunden habe, — da ich sowohl wie alle Mitglieder des Reußischen (jüngeren Linie) Hauses in deutsch-nationaler Gestaltung von niemand übertrffen werden — so erkläre ich die neueste Fahnenaffaire, Entfernung einer preußischen Fahne in Greiz am 22. März, für eine Infamie und unerhörte Beleidigung des hervorragendsten deutschen Bundesstaates, durch welche auch ich selbst als Deutscher, als Träger des reuifischen Namens und als preußischer Offizier auf das empfindlichste getroffen und verletzt worden bin.

Heinrich XXVII.
Erzprinz Neuk j. L.
Regent des Fürstenthums
Neuk j. L.

* [Frhr. v. Friesen] auf Rötha, ein Führer der sächsischen Conservativen und ehemaliger Reichstagsabgeordneter, protestiert im „Dresdner Journal“, dem halbamtl. Organ der sächsischen Regierung, gegen den politischen Ton, der in der kürzlich abgehaltenen großen Parteiversammlung der sächsischen Conservativen geherrscht habe. Dieser Ton wurde bekanntlich vom Grafen Herbert Bismarck angegeben und richtete sich gegen die Reichspolitik seit Bismarcks Abgang. Frhr. v. Friesen vertritt den äußersten rechten Flügel der sächsischen Conservativen. Er sagt, es liege kein Bedürfnis vor, sich den einzuschlagenden politischen Weg von dem Grafen Herbert Bismarck vorzutragen zu lassen. Gegen den Geist jener Versammlung und namentlich gegen die Außerungen des Grafen Herbert Bismarck hätten viele lokale gute sächsische Conservative ihre ernsten Bedenken unverhohlen ausgesprochen.

Amerika.

Washington, 6. April. Wie hier verlautet, werde der Präsident eine Botschaft an den Congress richten, in welter die statuante Unterstützung der durch die Ueberschwemmung des Mississippi Betroffenen beantragt wird. Das Ueberschwemmungsgebiet hat eine Ausdehnung, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist; es ist 300 Meilen lang und 5 bis 40 Meilen breit. 60 000 Personen haben ihr Eigenthum verloren, 50 Städte und Dörfer stehen unter Wasser.

Bon der Marine.

Aiel, 7. April. (Tel.) Die Ablösung für die Schiffe des in Ostasien befindlichen Kreuzergeschwaders „Kaiser“, „Prinzess Wilhelm“, „Irene“, „Arkona“ und „Cormoran“ ist heute früh in Stärke von 900 Mann unter Führung des Corvettenkapitäns Pustau nach Wilhelmshaven abgegangen. Die Ueberführung nach

traute aber seinem eigenen Urtheil doch nicht und war nun außer sich vor Freude, auch Weber ebenso überzeugt zu sehen.

Gie ließen beide zu Heddins Vertheidiger, den sie nicht gleich trafen, aber der dann nach einer Weile von einem Gerichtstermin nach Hause kam und, ihrer Meinung betreffend, ebenso wie sie selber Heddins Rettung darin sah.

Weber erzählte von dem Haushaus des Reimers; der Justizir sprang von seinem Stuhle auf und rief voll Freuden: „Dann haben wir ihn fest. Er muß nachweisen, ob er bezahlt hat, wie viel, womit und woher ihm das Geld dazu kam!“

Eine Stunde lang blieben sie zusammen in lebhaftem Meinungsaustausch. Zuletzt hatte der alte gewiegte Jurist die beiden Männer überzeugt, daß sie Heddin nur dann zu voller Rechtfertigung verhören würden, wenn sie in öffentlicher Sitzung, vor versammeltem Publikum seinen Prozeß zur Verhandlung kommen ließen.

„Geien Sie versichert, meine Herren“, betonte der alte Rechtsanwalt mehr als einmal, „eine Entdeckung wie diese wird nur halb geglaubt, wenn sie sich nicht vor aller Welt abspielt. Und für Heddin muß eine öffentliche Ehrenerkklärung gefordert werden, nachdem er ja durchbar unter der allgemeinen Verurtheilung gelitten.“

Am Abend dieses Tages wurde der Cabinetskanzlist Reimers in aller Stille aus seinem Hause in das Untersuchungsgefängniß abgeführt — oder vielmehr er wurde fortgebracht in einer eiligt geholten Drosche, denn der Mann sank beim Eintritt der beiden Polizisten wie vom Blitz getroffen zusammen und machte, ohne ein Wort gesprochen zu haben, vollständig den Eindruck eines überführten Verbrechers.

Am nächsten Morgen strömte das neugierige Publikum zum Schwergericht, schon von der frühesten Stunde an.

Heddin war gegen eine hohe Caution, welche sein alter Vater gestellt hatte, auf freiem Fuß gelassen, wohl auch in Anbetracht seines Krankheitszustandes, der eine Flucht unmöglich mache.

Hunderte von Menschen zogen an seinem Hause vorüber, und die Blicke aller sogen. heimlich hinauf nach den seit Monaten dicht verhüllten Fenstern, hinter welchen der Angeklagte sich jetzt wohl zu dem schwersten Gang seines Lebens rüstete.

Hongkong erfolgt morgen durch den Lloyd dampfer „Oldenburg“.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

** Berlin, 7. April. Nachdem heute noch eine zweihündige Sitzung gehalten wurde, ist der Reichstag in die Ferien gegangen. Angenommen wurde von den Resolutionen zum Handelsgelehrbuch (cf. Telegramm in der gestrigen Abendnummer) ferner eine von der Commission vorgeschlagene Resolution betreffend den Erlass von Bestimmungen über das Verfahren bei Aufstellung der Dispatch in dem zu erwartenden Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Als dann entspann sich eine Debatte, an der sich die Abg. Dietz (soc.), Frhr. v. Herling (centr.), Frege (conf.), Bässermann (nat.-lib.), Lenzenmann (freis. Volksp.), Singer (soc.), Kamp (reichsp.), Rößle (lib., b. k. f.) und Hölz (tent.) beteiligten über eine Resolution Dietz betreffend die Vorlegung eines Gesetzentwurfes 1. zur Regelung der Arbeitszeit der Handelsgehilfen und -Lehrlinge und 2. befußt Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf das Handelsgewerbe unter Anstellung besonderer Handelsinspectoren; ferner über eine Resolution des Centrumsabgeordneten Herling betreffend die Ausdehnung der Bestimmungen der §§ 120 a bis 120 e und 134 a bis 139 b auf das Handelsgewerbe unter zweckentsprechender Anpassung an die besonderen Bedürfnisse.

Ministerialdirektor Wödike erklärt: Der Antrag Herling ist bereits von den Regierungen überholt, denn es sind bereits Erhebungen eingeleitet, inwieweit die Schlussbestimmungen der Gewerbeordnung etwa auf das Handelsgewerbe auszudehnen seien. Es ist ja auch bereits vorgegangen mit Vorlesungen, aber den 8 u. 9. Aprilschluß. Gerade diese sind aber auf vielen Widerspruch gestoßen. Der Reichskanzler hat diese Frage daher nochmals dem preußischen Staatsministerium vorgelegt und dieses hat seine Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen. Je nach dem Ergebnis dieser Beratungen wird der Reichskanzler eventuell nicht länger eingreifen. Der Antrag Dietz geht in seinem ersten Theile doch wohl zu weit, indem er bereits positive Anordnungen fordert, ehe noch die Verhüllungen und Erwägungen abgeschlossen sind.

Die Resolution Dietz wurde abgelehnt, die Resolution Herling angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 27. April statt. Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat und die Beamtenwahl-Novelle.

Welcher Wechsel! Dom höchsten Glanz auf die Anklagebank!

In dem nach dem Garten und Park zu gelegenen Zimmer, in welchem er so lange krank gewesen, rüstete Heddin sich. — Er war ein gebrochener Mann, sein Haar weiß geworden, die Haltung gebückt und kraftlos, jede Bewegung matt und entmuthigt. Aber der Mensch ändert sich auch durch die größten Leiden nicht so völlig, daß nicht immer seine alte Natur wieder durchbricht; und so galt das eifrigste Streben des angeklagten Exministers heute dem angloostlichen Bemühen, sich für die bevorstehenden schrecklichen Stunden eine würdige Haltung zu geben.

Er wollte auf der Anklagebank nicht verrathen, welches Gericht er mit sich selbst gehalten; die Welt sollte in ihm das sehen, was er heute mit vollem Recht von sich sagen würde: er war nicht schuldig. Seine Frau war nicht nach dem Heddinshof gegangen, sie hatte ihn nicht verlassen wollen, sondern bestand darauf, bei ihm zu bleiben; ja, sie war fest entschlossen, ihm bis in den Gerichtssaal zu folgen, sich neben ihm zu setzen und ihn durch ihre Festigkeit zu ermutigen; aber das durfte er vorher nicht wissen; er hätte es sonst nicht zugegeben. (Schluß folgt.)

Danziger Gesang-Verein.

Händels große Meisslade in Lönen, die fast ein Jahrzehnt hindurch in Danzig nicht erklangen, wurde gestern unter Leitung des Herrn Heidingsfeld vom Danziger Gesang-Verein zu Gehör gebracht. Mehr und mehr tritt die religiöse Bedeutung des Werkes in den Hintergrund und die zarte Melodie des Textes, der in einer Reihe von Bibelstellen vorverkündigung und Herannahen, Geburt, Wirksamkeit, Leiden, Tod, Auferstehung, Himmelfahrt, Wiederkunft und Triumph des Erlösers feiert, wird immer weniger verstanden und das Ganze nur noch als interessante imponirende Musikaufführung aufgefaßt — Beweis die Möglichkeit, daß nach dem ergreifenden Vortrage der Worte: „Er ward verschmähet und verachtet, ein Mann der Schmerzen und der Qual“ durch die Allianz und „der Ewige warf auf ihn un're Missethat“ Bravoruf und Applaus erschallte, wie im Concert nicht bloß nach äußerlich glänzenden Nummern wie „was loben die Heiden“ oder dem Hallelujah — ein Vorgang, an den noch vor 20 Jahren

Feuilleton.

Der Heddinshof.

48) Roman von L. Haideheim.

Er hatte seinen vom Glücke begünstigten Nebenbücher seit jenem Morgen noch nicht wiedergegeben, ihn auch geradezu gemieden, in einer peinlichen Schie, dem Manne in die Augen sehen zu sollen, dem er in der tiefen Erregung jener Stunde sein Geheimnis rüchthaltlos enthüllte.

Sein Herz hat ein paar rasche, harte Schläge; er mußte sich sehr zusammennehmen.

In dieser Nervosität gab er sich noch steifer und häarter als sonst.

Dagegen sprach aus Osnitz eine bei diesem ganz fremde, sorgenvolle Spannung und Unsicherheit.

„Herr Finanzrat, ich bitte, meinen Besuch vertraulich zu nehmen! Nicht den Beamten möchte ich sprechen, sondern —“

„Aber warum besuchten Sie mich nicht in meinem Hause, lieber Osnitz? Ich würde mich gefreut haben.“

Die freundlichen Worte, der warme Ton — und diese steife Miene, die holzgerade Haltung!

Es blieb Osnitz durch den Ginn, wie schwer der Kermes an dieser schroffen Außenseite zu fragen hatte.

Weber hatte inzwischen nach beiden Thüren gesiehen und dem im Vorzimmer wartenden

Berlin, 7. April. Die Budgetcommission des Reichstages beriehlt heute weiter über die Bevölkerungsaufbesserungen und nahm einstimmig nach einer längeren Debatte einen Antrag des Abg. Müller-Fulda (Centr.) an, wonach für Postassistenten und die übrigen Beamten derselben Gehaltsklasse das Gehalt von 1500 bis 3000 Mk. steigt, also eine Erhöhung des Maximalgehalts um 300 Mk. bei 21-jähriger Aufzähungszeit eintritt. In der Sitzung theilte der Schatzsekretär Graf Posadowsky die vom 1. April 1898 in Kraft tretenden Grundsätze über die Verwaltung der Fonds zu Remunerationen und Unterstützungen mit und bemerkte, daß die verbündeten Regierungen auf irgend eine Ausbesserung der Gepläne der Unterbeamten (Landbriefträger etc.) im Rahmen dieses Bevölkerungsplans nicht einzehen würden.

Die Commission verlagte sich sodann bis nach Mitternacht.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 7. April.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute eine große Anzahl von Petitionen. Eine Petition aus Holzmeissig um Errichtung einer katholischen Volksschule gab Anstoß zu einer längeren Debatte über die impartialische Behandlung der Katholiken und Polen. Eine Petition des Hofbesitzers Steinbauer aus Obermühle um baldige gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht und einstweilige anderweitige Vertheilung der Schulunterhaltungslasten zwischen dem Schulbezirk und der Landgemeinde beantragt die Unterrichtscommission, so weit sie die gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht fordert, durch die Resolution des Abgeordnetenhauses beim Lehrerbefreiungsgesetz für erledigt zu erklären, im übrigen aber über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Richter (von den Conservativen mit Rufen „Oho“ und „Nordost“ empfangen) wies darauf hin, daß die Resolution zum Lehrerbefreiungsgesetz die Regelung der Schulunterhaltungspflicht im Rahmen eines allgemeinen Volksschulgesetzes verlange. Damit sei die Regelung in weite Ferne geschoben; er beantrage daher, die Petition, so weit sie eine baldige Regelung der Schulunterhaltungspflicht fordert, der Regierung zur Berücksichtigung zu überreichen; denn eine Abhilfe sei dringend nötig.

Der Antrag Richter, für welchen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Freiconservativen stimmten, wurde abgelehnt und der Antrag der Commission angenommen.

Morgen stehen Petitionen auf der Tagesordnung.

v. Stephans Besind.

Berlin, 7. April. Heute Mittag wurde folgendes Bulletin über das Besind des Staatssekretärs v. Stephan veröffentlicht: Die Kräfte des Arakans haben in bedrohlicher Weise abgenommen.

Prof. v. Bergmann.

Der Entschluß der Mächte.

Athen, 7. April. Die Note, welche die Glanden nach einer gemeinsamen Besprechung und gemeinsamen Instruktionen ihrer Regierungen soeben dem griechischen Minister des Auswärtigen Delianis überreichten, hat folgenden Wortlaut:

Der Unterzeichnete hat auf Befehl seiner Regierung die Ehre, Sr. Excellenz dem Minister des Auswärtigen Griechenlands mitzuhelfen, daß im Falle eines beispielhaften Zusammetnches an der griechischen und türkischen Grenze die ganze Verantwortlichkeit der Angreifer zu fragen habe. Er hat ferner bekannt zu geben, daß, wie auch der Ausgang des Kampfes sein möchte, die Mächte

sich entschlossen sind, den allgemeinen Frieden aufrechtzuhalten und sich entschieden haben, keinesfalls zu gestatten, daß der Angreifer den geringsten Vortheil aus dem Angriffe ziehe.

Wien, 7. April. Dem offiziellen „Fremdenblatt“ wird aus Athen geschrieben: Eine gestern in Konstantinopel überreichte Verbalnote der Großmächte zeigt neuerdings an, daß sie es zu einem Ausbrüche im Orient nicht kommen lassen wollen.

Die Lösung der Aretafrage, meint das Blatt, kann einzige und allein nur in einer Autonomie der Insel geschehen werden. Ein Krieg, wie immer er auch ausfiel, vermöchte daran nichts zu ändern. Eine friedliche Blockade des Meerbusens von Athen wäre nach dem Ausbrüche von Feindseligkeiten möglicherweise nicht aufrecht zu erhalten. Europa hätte dann auch dafür zu sorgen, daß kirlerische Bestrebungen sich nicht in Bulgarien und Serbien geltend machen, welche ihre bisherige vollkommen correcte Haltung hoffentlich weiter bewahren werden; andererseits dürfte die Einwirkung Gesamt-europas, aber auch der directe Einfluß der geographisch am nächsten liegenden Mächte genügen, die Aufrechterhaltung der Ruhe zu verbürgen. Indessen hofft das Blatt noch immer, Griechenland werde vor dem Außersten zurück-schrecken.

Rome, 7. April. Die Nachricht über die Zurückberufung des Admirals Canevaro oder die Aufgabe seines Ober-Commandos über die Internationale Flotte wird formell dementiert.

Berlin, 7. April. Die „Königl. Zeit.“ meldet aus Greiz von zuverlässiger Seite: Fürst Reuß d. L. hat unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Greiz ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser gerichtet, worin er sein lebhafte Bedauern über die Einziehung der preußischen Fahne am Tage der Jahrhunderthefter ausdrückt und anzeigt, daß der schuldige Beamte sofort seiner Stellung entzogen sei.

Nach Bekanntmachung der Regierung ist an Stelle des Regierungsassessors Frhr. v. Uslar-Gleichen, welcher von der Stellvertretung des beurlaubten Landrathes entzogen war, der Regierungsrath Camman zur Stellvertretung des Landrathes berufen worden.

— Im Elstsjahr 1897/98 sollen auf den preußischen Staatsbahnen über 800 Personenwagen und eine noch erheblich größere Zahl Locomotiven ausgemustert werden.

Generaloberst Frhr. v. Löß hat vom Kaiser anlässlich seines Dienstjubiläums den hohen polnischen Hausorden 1. Klasse mit der Rechte und der Jahreszahl 50, sowie ein Olgemälde erhalten, welches Kaiser Wilhelm I. darstellt. Frhr. v. Löß wurde zum Ehrenbürger von Bonn ernannt.

Breslau, 7. April. Die heisige Eisenbahn-direction hat eine Verordnung erlassen, daß alle Eisenbahnarbeiter und kleinen Beamten, welche sich dem zur Ausbesserung ihrer Lage begründeten Eisenbahnverbande in Hamburg anschließen würden, entlassen werden sollen.

Wien, 7. April. Das Abgeordnetenhaus hat heute nahezu einstimmig die Dringlichkeit eines Antrages des Abg. Dasyński (Soc.) auf Einschaltung eines Ausschusses zur Prüfung der Wahlmissbräuche bei den letzten Reichsrathswahlen besonders in Galizien angenommen.

Rom, 7. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer nahm Banordelli unter lebhaften Beifallskundgebungen den Präsidentenst

ein. Die Kammer beschloß, auf die morgige Tagesordnung die Besprechung der Interpellationen über die orientalische Frage zu setzen.

Kopenhagen, 7. April. Der König hat heute Nansen empfangen und ihm die goldene Verdienstmedaille mit der Königskrone, eine einzige dastehende Auszeichnung, verliehen. Der Audienz wohnte auch die Kaiserin-Witwe von Russland und die Königsfamilie bei, welche auch dem Vortrage Nansens in der Geographischen Gesellschaft beigewohnt hatte. Heute ist Nansen nach Christiania abgereist.

Bukarest, 7. April. Der Ministerpräsident Aurelian hat heute im Parlamente die Erklärung abgegeben, daß das gesammte Cabinet seine Entlassung einreiche. Der König behielt sich die Entscheidung noch vor.

Chicago, 7. April. Carter Harrison, der Kandidat der demokratischen Silberanhänger, ist zum Bürgermeister Chicagos mit einer Mehrheit von 75 000 Stimmen gewählt worden.

Reichstag.

207. Sitzung vom 8. April.

Das Haus sieht die zweite Berathung des Handelsgesetzbuches bei § 238 fort, der vom Aufsichtsrath bei Aktiengesellschaften handelt. Der lezte Absatz des Paragraphen, der von der Commission eingefügt worden ist, lautet: „Die Mitglieder des Vorstandes und die Beamten der Gesellschaft dürfen an der Wahl des Aufsichtsrathes nicht Theil nehmen.“

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) beantragt, die Bestimmung dieses lezten Absatzes zu beschränken auf Gesellschaften, deren Actionen nicht auf Namen lauten. Bei Gesellschaften, deren Actionen auf Namen lauten und im wesentlichen im Besitz einer und derselben Familie bleiben, bedeute diese Bestimmung eine unnötige und schädliche Erschwerung des Geschäftsbetriebes. Würde an dieser Bestimmung festgehalten, so würde gerade das die Mobilisierung von Actionen, die im Besitz einer bestimmten Familie seien, nur in unerwünschter Weise fördern.

Abg. Gamp (Reichsp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und beantragt, im dritten Absatz des Paragraphen die Bestimmung zu streichen, nach welcher ein Generalversammlungsbeschluß durch den eine Aufsichtsrathswahl vorgelegt, nämlich vor Ablauf der Frist, für welche der Betreffende gewählt ist, widerrufen wird, einer Dreiviertelmehrheit bedürfen soll.

Staatssekretär Rieberding führt aus, der von der Commission hinzugesetzte Absatz sei in der That nicht unbedenklich. Die Bedenken würden aber durch die vom Abg. Frhr. v. Stumm beantragte Fassung wesentlich abgeschwächt, weshalb er den Antrag dieses Abgeordneten anzunehmen bitte. Den Antrag Gamp bitte er dagegen abzulehnen, da es im Interesse der Stetigkeit einer Gesellschaft liege, daß ein Aufsichtsrath nicht jederzeit gar zu leicht abgesetzt werden könnte.

Abg. Lenzmann (freil. Volksp.) schlägt sich den Ausführungen des Vorredners an und beantragt, im dritten Absatz des Paragraphen die Bestimmung zu streichen, nach welcher ein Generalversammlungsbeschluß durch den eine Aufsichtsrathswahl vorgelegt, nämlich vor Ablauf der Frist, für welche der Betreffende gewählt ist, widerrufen wird, einer Dreiviertelmehrheit bedürfen soll.

Staatssekretär Rieberding führt aus, der von der Commission hinzugesetzte Absatz sei in der That nicht unbedenklich. Die Bedenken würden aber durch die vom Abg. Frhr. v. Stumm beantragte Fassung wesentlich abgeschwächt, weshalb er den Antrag dieses Abgeordneten anzunehmen bitte. Den Antrag Gamp bitte er dagegen abzulehnen, da es im Interesse der Stetigkeit einer Gesellschaft liege, daß ein Aufsichtsrath nicht jederzeit gar zu leicht abgesetzt werden könnte.

Abg. Lenzmann (freil. Volksp.) schlägt sich den Ausführungen des Vorredners an und beantragt, im dritten Absatz des Paragraphen die Bestimmung zu streichen, nach welcher ein Generalversammlungsbeschluß durch den eine Aufsichtsrathswahl vorgelegt, nämlich vor Ablauf der Frist, für welche der Betreffende gewählt ist, widerrufen wird, einer Dreiviertelmehrheit bedürfen soll.

Staatssekretär Rieberding tritt für den Antrag Stumm ein, da andernfalls der Aufsichtsrath gar keine Vergütung erhalten würde, wenn der Jahresreingewinn nur vier Prozent Dividende oder weniger ausmache. Der Aufsichtsrath werde alsdann, um nicht ganz leer auszugehen, zu sehr geneigt sein, zur Erhöhung des Jahresgewinns Risiken einzugehen zum Nachteil des Unternehmens.

Inzwischen geht hierzu noch ein längerer Antrag des Abg. Trimbors (Centr.) ein; die Weiterberathung des Paragraphen wird bis zu der Drucklegung des Antrags ausgeholt.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) beantragt, dies wieder zu streichen.

Staatssekretär Rieberding tritt für den Antrag Stumm ein, da andernfalls der Aufsichtsrath gar keine Vergütung erhalten würde, wenn der Jahresreingewinn nur vier Prozent Dividende oder weniger ausmache. Der Aufsichtsrath werde alsdann, um nicht ganz leer auszugehen, zu sehr geneigt sein, zur Erhöhung des Jahresgewinns Risiken einzugehen zum Nachteil des Unternehmens.

Inzwischen geht hierzu noch ein längerer Antrag des Abg. Trimbors (Centr.) ein; die Weiterberathung des Paragraphen wird bis zu der Drucklegung des Antrags ausgeholt.

Hamburger Senator Burchard tritt ebenfalls für die Aufrechthaltung der Paragraphen ein und betont,

S 260 der Regierungsvorlage macht die Verfolgung von Erbschaftsprüchen der Gesellschaft aus der Gründung oder Geschäftsführung abhängig entweder von einem Mehrheitsbeschuß der Generalversammlung oder von dem Antrag einer Minderheit, deren Anteile den fünften Theil des Grundkapitals erreichen müssen.

Nach dem Commissionsbeschuß soll statt des fünften Theiles schon der zehnte Theil des Grundkapitals genügen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Nach längerer Erörterung wird der Antrag des Freiherrn v. Stumm abgelehnt, S 260 in der Fassung der Commission angenommen.

Bei S 261 wird ein Antrag des Abg. v. Strombeck (Centr.), der die Sicherheitsleistung der Gläger in das Erbmassen der Richter stellt, abgelehnt und die Commissionsfassung angenommen, nach der auf Verlangen des Beklagten Sicherheitsleistung erfolgen muß.

Zu S 280 liegt ein Antrag des Abg. v. Strombeck (Centr.), der die Sicherheitsleistung des Glägers durch Zusammenlegung mehrerer Actionen zu einer einzigen für unzulässig erklärt, dagegen diese Herabsetzung durch gleichmäßige Herabsetzung des Betriebsvermögens sämtlicher Actionen der nämlichen Gattung auf einen Nennbetrag von mindestens 200 Mk. zuläßt.

Abg. v. Strombeck (Centr.): Die Zusammenlegung mehrerer Actionen hat für manchen Actionbesitzer große Nachtheile; bei jeder Zusammenlegung wird eine Anzahl Actionäre, die nicht die erforderliche Zahl von Actionen besitzen, aufs schwerste geschädigt.

Geh. Ober-Rat Stephan (Centr.): Der Antrag durchbricht den Grundzettel, daß nur Actionen zu mindestens 1000 Mk. zugelassen seien, worauf man kein großes Werk gelegt hat. Bei Annahme des Antrages wird eine Überflutung mit Actionen unter 1000 Mk. stattfinden, die die kleinen Leute geradezu zum Erwerb solcher Actionen verleitet; vielfach sind darunter auch nicht ganz solide Unternehmungen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Unter Ablehnung des Antrages wird der Commissionsbeschuß genehmigt.

Dem S 293, der von der Beendigung der Liquidation handelt, beantragt Abg. Dr. Stephan (Centr.) einen Zusatz zu geben, der bestimmt, daß, wenn nachträglich noch vertheilbares Vermögen sich herausstellt, das Gericht auf Antrag eines Bevollmächtigten erneut die bisherigen oder andere Liquidatoren zu bestellen hat.

Abg. Lenzenmann (freil. Volksp.) unterstützt den Antrag.

Staatssekretär Rieberding: Ich habe gegen den Antrag kein Bedenken, mache aber den Vorbehalt, daß aus seiner Annahme für den Bereich der Aktiengesellschaften nicht seine Übertragung auf offene Handelsgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung gefolgt wird.

Der Antrag wird angenommen, desgleichen der Rest des Gesellschaftsrechtes (zweites Buch).

Im dritten Buch — Handelsgesellschaft — hat in dem Abschnitt „Allgemeine Vorschriften“ die Commission aus der Regierungsvorlage eine Reihe von Bestimmungen gestrichen; den § 339, nach welchem entgegen dem bürgerlichen Gesetzbuch — Kaufmännisch vereinbare Conventionalstrafen vom Richter nicht herabgesetzt werden dürfen; ferne den § 340, nach welchem bei einer handelsgeschäftlichen Bürgschaft dem Bürgen die Einrede der Dorausklage nicht zustehen soll, weiter den § 341, nach welchem auch minderliche Schuldversprechen gültig sein sollen, also ohne die Formvorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches; endlich den § 342, nach welchem entgegen dem bürgerlichen Gesetzbuch — für höher als mit sechs Prozent verzinste Schulden aus Handelsgesellschaften kein unbedingtes Rückgaberecht bestehen soll.

Handelsfachlicher Gefährter Altmann bittet dringend um Wiederherstellung dieser Paragraphen, die geltende Rechte seien und zu den besten Bestimmungen des bestehenden Handelsgesetzbuches gehörten. Wenn die den bestehenden handelsgesetzlichen Bräuchen widerstrebenden Vorschriften im bürgerlichen Gesetzbuch für nothwendig gehalten worden seien, so sei das doch nur im Interesse Ungelübter geschehen. Hier aber handle es sich um handeltreibende, um Kaufleute. Im Interesse der geschäftlichen Ehre des Kaufmanns, im Interesse unseres freien Handels und seines Verkehrs mit dem Auslande bitte er, die Paragraphen wieder herzustellen.

Abg. Lenzenmann (freil. Volksp.), von dem ein Antrag auf Wiederherstellung sämtlicher vier Paragraphen vorliegt, beginnt damit, daß er nicht Anstand nehmen werde, angesichts der Leere des Hauses die Bevollmächtigung des Hauses anzunehmen. Es soll das kein Schreckliches sein, sondern dem Hause nur zeigen, für wie überaus wichtig er und seine Freunde gerade diesen Theil des Handelsgesetzbuches halten. Der Mehrheit sollte durch die Anweisung der Bevollmächtigung nur nochmals Gelegenheit gegeben werden, sich diese wichtigen Fragen nochmals zu überlegen. Mit all diesen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, falls dieselben auch für den Kaufmann Geltung haben sollten, würde der deutsche Kaufmann dem Auslande gegenüber direkt als minderwertig erscheinen.

Hamburger Senator Burchard tritt ebenfalls für die Aufrechthaltung der Paragraphen ein und betont,

„Ich weiß, daß mein Erlöser lebt“ günstig; gleich der Einsatz „ich weiß“ mache den Eindruck der Aufrichtigkeit. Dieses Glück, auf dem etwas wie „Morgenglanz der Ewigkeit“ ruht, vermag nur in ruhig überzeugtem Vortrage von kräftiger Stimme richtig zu wirken, es ist eines der herrlichsten im ganzen Werke. Allerdings waren die an Frau G.-H. gestellten Anforderungen quantitativ etwas zu groß, denn sie hatte an Stelle eines Tenors schon im ersten Theile zwei große Arien zu singen. Dies mag ihrer Tongabe, die nicht ruhig war, Eintrag gehabt haben. Sie ging dadurch auch des ästhetischen Vortheils verlustig, daß der Soprano eigentlich erst nach dem Händel-Intermezzo mit seiner hellen Wirkung eintreten soll. Die Vorfüge der Sängerin sind hierorts bekannt und an dieser Stelle bei der Aufführung von Verdis Requiem gewürdigt. Die Stimme des Herrn Sängers Carl Mayer aus Schwerin vereinigt in seltenem Maße Macht mit Beweglichkeit bei großem Wohlklang, wie es gerade für diese Art Werke nothwendig ist. Sein Vortrag ist dabei rhythmisch so belebt wie genau, interessant und markig zugleich, und dem wechselnden Pathos, sei es weich oder erhaben, schön angepaßt. In der großen Bravour-Arie mußte er freilich, um mit dem Atem für die Riegenfarben zu reichen, das Tempo etwas übertrieben, es genügt ganz wenig dazu, daß es nicht zu dem siegreichen breiten Daherstrom kommt, das hier erwünscht, aber allerdings ein Vorrecht der allerfeinsten Naturbegabung ist. An Virtuosität und Feuer blieb Herr Mayer der Arie übrigens nichts schuldig. Mit allem, was von den Solisten und dem Chor, vom Dirigenten und dem Orchester schönes, Gutes und Großes gethan ward, hinterließ die Aufführung einen sehr günstigen, anregenden, freudvoll erbaulichen Eindruck. Nur die Streichung des Chors „Durch seine Wunden sind wir geheil“ bewirkte einen empfindlichen Verlust, die Aufführung schloß 9 Uhr 40 Minuten, bis 10 Uhr hätte man wohl nach der Pause von 15 Minuten ausgehalten und der „Amen“-Chor auch noch Platz gehabt. Indessen können wir auch so „Amen, Amen“ zu der Aufführung sagen, an deren Schluss das Hallelujah gestellt war: der Danziger Gesangverein kann sie mit Genugthuung in seine Annalen eintragen.

Dr. C. Fuchs

Ein Ruhelager wie es
der Verwöhnteste
bisher gekannt,
gewahren

Patent-Matratzen von Westphal & Reinhold, Berlin 21.

Ueberall
zu haben.

Familien-Nachrichten.

Heute Morgen 11½ Uhr wurde meine liebe Frau Anna, geb. Alawiter, von einem gesunden Anfall glücklich entbunden. Zoppot, 7. April 1897. Stephan von Dewitz, gen. von Krebs, Oberstleutnant a. D.

Danksagung.
Für die vielseitigen Beweise der liebenherlichen Theilnahme, wie sie uns in so überzeugender herlicher Weise aus Anlass des Abschlusses, sowie bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester erwiesen wurden und die unseres tiefermündeten Herzen unausprechlich wohlthun, sagen wir Allen hiermit unsern aufrichtigsten Dank.

J. D. Baker,
Frau und Kinder.

Heute früh entschlief nach längerem Leiden im 77. Lebensjahr meine innig geliebte Mutter, unsere liebvolle Groß- und Urgroßmutter, Schwester, Schägerin und Tante

Frau Auguste Höltzel,
geb. Lickfett.

Dieses zeigen tiefbetrübt an (8342)

Die Hinterbliebenen.

Danzig, den 7. April 1897.

Die Beerdigung findet Sonntag, 11½ Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Marien-Kirchhofes aus statt.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Am 20. März 1897 ist auf dem Felde des Gutsbesitzers Lieb-richt zu Seisendorf, etwa 170 Schritte von der Dorfshau-Balbauer Chaussee entfernt, eine bereits stark verweste, männliche Leiche, vermutlich eines russischen Arbeiters, gefunden worden. Dieselbe war bekleidet mit einer blauen Jacke, mit schwarzen Pap- schirm und schwarzem Sturmiere, weisem Leinenhemde mit blauen Streifen, grauem Winterjaquet mit roth und blau carriertem Futter, grau getreiftem Weste und Gamasche mit niedrigen breiten Abhängen und langen weichen Schäften und führte bei sich außer einem dunkelbraunen Sommerjaquet mit schwarzem carriertem Futter, einem Portemonnaie mit Zähnen, ein Schnapsglas in Kelchform, ein Spiel französischer Karten und eine Schachtel Streichhölzer.

Die Leiche wies, soweit die vorgeschrittenen Verhältnisse Wahrnehmungen überhaupt zuließen, Verletzungen auf, besonders mehrere Rippenbrüche. Der Zustand, in dem sie aufgefunden wurde, lässt darauf schließen, dass ein Verbrechen vorliegt.

Mittheilungen, die die Aufschluss über die Sachlage und Anhaltspunkte für die Ermittlung des Thäters geben, werden zu den Akten III J. 237/97 erbeten.

Danzig, den 5. April 1897.

Der Erste Staatsanwalt.

Concursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns Carl Bloch zu Marienburg wird heute am 5. April 1897, Vormittags 11 Uhr 15 Minuten, das Concursverfahren eröffnet.

Der Justizrat Bank zu Marienburg wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 9. Mai 1897 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des errannnten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Fällen über die in § 120 der Concurs-Ordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 5. Mai 1897, Vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 19. Mai 1897, Mittags 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 1, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindeldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 5. Mai 1897 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Marienburg. (8338)

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns A. Chrlich in Ciersk ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 29. April 1897, Vormittags 9 Uhr, vor dem Königl. Amtsgericht hierelbst, Zimmer Nr. 25, anberaumt.

Königl. den 1. April 1897. (8276)

Königliches Amtsgericht IV.

Auctionen.

Stellen-Gesuche.

Ein älterer

Buchhalter

sucht noch für einige Stunden den Tages Beschäftigung. Ges. Offeren unter 8207 an die Expedition dieser Zeitung erbettet. Jüngere Landwirthin, verfecte Stuben u. e. Landamme empf. M. Bodzak, Breitgasse 41.

Gewesener Landwirth, der hier von Kindern lebt, sucht von gleich oder später Stellung als Verwalter oder Aufseher eines Holz- oder Kohlenlagers, auch landwirtschaftl. Maschinen. Ges. Offer. zur Weiterbeförder. u. 8085 an die Exp. d. Ztg. erbettet.

Ein Assistentenschreiber, welcher beim Justizrat Herrn Pal. bis zum heissen Ende in Stellung war, sucht eine Stelle für möglichst hoher Honorar. Anfragen sind zu richten an das Bezirkamt Barenhof.

(5926)

Habe mich in Danzig als

Frauenarzt niedergelassen. (8339)

Dr. med. Wisselinck, Heil. Geistgasse 122.

Meine Wohnung befindet sich jetzt Langfuhr 46.

Th. v. Rosbitzki, Damen Schneiderin.

Auch können sich von folglich Lehrmädchen melden. (8326)

Danksagung.

Herrn Julius Henmann, Güldenboden.

Bitte um umgehende Ueber- führung von noch einer Flasche Ihres Rheumatismus - Balsam "Reitsch" gegen Nachnahme. Bin außerordentlich damit zufrieden. Achtsamkeit. Hofschifferei G. Möller, Brunnau Weststr.

Rheumatismus - Balsam

Reissaus

ges. gleich. D. R. W. 1897. ärztlich warm empfohlen. reelle Dank- schreiben. händ. Flasche 1 M bei 4091 J. Heymann, Güldenboden Weststr.

Lehring für Friseurgesch. sucht

Carl v. Galenski, Schmidgasse 7.

Allgemeine Renten-Anstalt

Gegründet zu Stuttgart. Reorganisiert

1833. 1855.

Lebens-, Renten- und Kapitalversicherungs-

Gesellschaft

auf Gegenseitigkeit, unter Aufsicht der Königl. Würth.

Staatsregierung. Aller Gewinn kommt ausschließlich

den Mitgliedern der Anstalt zu gut.

Versicherungsstand ca. 42 Tausend Polisen.

Nähere Auskunft, Prospekte und Antragsformulare kostenfrei bei den Vertretern. In Danzig: Walter Gronau, Hauptagent, Gundegasse 51. (5150)

Marquisen-, Plan- und Zeltleinen

empfehlen in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.

Zur Anfertigung

complet fertiger Marquisen u. Better-Bouleaur

in sachgemäßer Ausführung bei billigster Preisnotierung

halten wir uns gleichfalls angelegentlich empfohlen.

Ertmann & Perlewitz,

23 Holzmarkt 23. (8335)

Feldbahnen

fest und transportabel.

Stahl- und Holzwries,

neu und gebraucht,

zu Kauf und Miete

für alle Zwecke, zu billigsten Preisen. (573)

Orenstein & Koppel,

Feldbahnsfabrik,

Danzig, Fleischberg, 43.

Traut

nur eigenem Urtheil.

Metall-Putz-Glanz

Amor

ist das beste Metall-Putzmittel.

greift die Metalle nicht an.

Ueberall zu haben in Dosen à 10 und 20 fl.

Man verlange nur „AMOR“.

Fabrik Lubszynski & Co., Berlin NO. (2402)

Lehrling

mit der Berechtigung zum einjährig freiwilligen Dienst.

Körber & Klug,

Anker- und Schmiedegasse Nr. 9.

Bertreter - Gesuch.

Eine leistungsfähige sächsische Wäschefabrik

sucht einen mit der Branche vertrauten, bei den heissten Weißwaren - Geschäften gut eingeführten Vertreter mit prima Referenzen baldigt zu engagieren.

Offeren sub J. E. 6298 nimmt die Annonsen - Expedition von

Rudolf Moosse, Berlin SW. entgegen. (8300)

In meinem Kleiderloß- und Confectionsgeschäft findet eine gewandte

Berkäuferin

sofort Stellung. Berl. Vorstadt, zwischen 11 und 1 Uhr. (8292)

Ad. Zitzlaff,

Wollwebergasse Nr. 10.

Socius.

Zur nächstweisen Übernahme einer renominierten, im vollen Betriebe befindlichen Holzbearbeitungsfabrik und Bauschleifer in einer norddeutschen Großstadt wird von einem jungen unverheiratheten Fachmann, der behutsam Übernahme der Fabrik seit sechs Monaten darin thätig und selbst vermögend ist, ein

thätiger Theilhaber mit 40-50 Mille

gesucht.

Ges. Angebote sub V. 1053 an Rudolf Moosse, Breslau.

Eine tüchtige

Aufwärterin

sofort gesucht.

Dr. Helbold,

Vorstadt, Graben 12-14.

Gewandter Stadtreisender

für den Besuch der Bäcker- und Mehlhändler-Rundschau

gesucht!

Ges. Bewerbungen mit genauer Angabe der bisherigen

Thätigkeit und des letzten Einkommens unter Nr. 8170 an die Expedition dieser Zeitung erbettet.

2 tüchtige Verkäuferinnen

sucht

Nathan Sternfeld.

Suche sofort einen tüchtigen

Monteur,

der auswärts selbstständig arbeiten kann.

Personale Vorstellung erwünscht. (8177)

Gustav Denzer, Stolp,

Maschinen - Reparatur - Werkstätte.



Vierte Berliner Pferde-Lotterie.

Ziehung am 13. und 14. April 1897.

5530 Gewinne. * * * 260,000

* Werth Mark

Loose à 1 M., 11 Loose für 10 M. — Porto und Liste 20 fl. empfiehlt und versendet

Carl Heintze, Unter den Linden 3.

Loosversand auch gegen Briefmarken.

Vertreter für Westpreussen: Carl Feiler Jr., Danzig, Jopengasse 13.

Haupt-Collecteur für Danzig: Hermann Lau in Danzig, Langgasse.

Milchkannen u. Molkereigeräthe

aus la. la. Stahlblech, ff. verzint, mehrfach prämiirt u. ausgezeichnet,

zuletzt: Königsberg i. Pr. 1896 mit der grossen, goldenen Medaille und der silbernen Staats-Medaille,

fabricirt als Specialität

die Action-Gesellschaft Adolph H. Neufeldt,

Metallwaarenfabrik und Emailleurwerk,

Elbing Westpr., und sind zu beziehen durch alle

Klempnerei- und Eisenwaarengeschäfte. (8024)

Preislisten gratis und